

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badischer Beobachter. 1863-1935  
1910**

296 (29.12.1910) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger angefertigt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 270. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post befreit und dort abgeholt M. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft "Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Director.

Fernsprecher  
Nr. 535.

Beilagen:  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienthalt“.

Fernsprecher  
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspolige Petitszile oder deren Raum 25 Pf., Postkarten 60 Pf., Postkarten 80 Pf. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Anzeige nehmen auf der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Berichtigungen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Voranmuthlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Neuauflage: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verlehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Berantwortlich: Für Anzeigen und Postkarten: Hermann Wahl in Karlsruhe.

## Br. Politische Jahresrundschau.

II.

Der Kolonialstaatssekretär Dernburg reichte, nachdem er durch seine Stellungnahme gegenüber den Unzufriedenen in Deutsch-Südwettstraf, seine Willkürfähigkeit gegenüber dem in den Kolonien engagierter Großkapital und durch sein Verhalten gegenüber den ihm unterstellten Beamten seine Stellung unmöglich gemacht hatte, am 6. Juni sein Abtretungsgebot ein. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Unterstaatssekretär v. Lindequist ernannt, zum Unterstaatssekretär wurde am 16. September der Meier Bürgermeister Dr. Böhmer berufen. Der d. deutsche Kolonialkongress, der in den Tagen vom 8. bis 9. Oktober in Berlin stattfand, legte Zeugnis ab von dem großen Aufschwung, den unsere Kolonien genommen haben.

Der Präsident des Reichstags Graf Stolberg wurde am 19. Februar durch den Tod seines Amtes entlassen. Zu seinem Nachfolger wurde am 1. März der konservativer Abg. Graf Schwerin-Löwitz gewählt. Der zweite Vizepräsident Erbringer Hohenlohe legte am 8. Juni mit der eigenartigen Begründung, durch die Vorromäus-Enzyklika dazu veranlaßt zu sein, sein Amt nieder. Die liberalen Parteien, die eine gefährliche Schwierigkeit für den sozial-blauen Block erheben, wurden wieder einmal arg enttäuscht. Am 8. November wurde der reichspolitische Abg. Landgerichtsrat Schulz zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Eine große Reihe gesetzgebender Aufgaben wurde vom Reichstage erledigt bzw. in Angriff genommen. Nach sehr schwierigen Verhandlungen gelangte das Kaliwgesetz am 10. Mai zur Annahme, desgleichen am 6. Mai das Gesetz über die Zuständigkeit des Reichsgerichts. Die neue Strafsprozeßordnung wurde in während der Sommerpause des Reichstages fortgesetzten Verhandlungen von der Kommission eingearbeitet. Von wichtigen sozialpolitischen Gegebenheiten die Reichsversicherungsordnung, das Haushaltungs- und das Arbeitsamergesetz vor der Verabschiedung im Plenum. Das Zuwachssteuergesetz, das in der Kommission einer dreimaligen eingehenden Beratung unterzogen wurde, wird demnächst im Plenum verabschiedet werden. Das Schiffahrtsabgabengesetz, das nach endlosen und überaus schwierigen Verhandlungen am 29. Juni vom Bundesrat einstimmig angenommen wurde, ist vom Reichstage bereits in Beratung genommen worden. Der dringlich erwartete und vom Reichskanzler am 14. März angekündigte Entwurf der elaz-lohbringenden Verhöhungsgesetz ist am 17. Dezember amtlich veröffentlicht worden.

Das wichtigste politische Ereignis in Preußen war die Einbringung der Wahlrechtsreformvorlage. Am 31. Januar vom Könige unterzeichnet, ging sie am 5. Februar dem Abgeordnetenhaus zu. Da der von der Kommission veränderten Gestalt wurde sie am 16. März mit 238 gegen 168 Stimmen angenommen und am 12. April in der durch die Verfassung geordneten zweiten Abstimmung bestätigt. Der Entwurf, der gegenüber unseren Forderungen nur eine kleine Abstimmung enthielt, in der Kommission des Abgeordnetenhauses aber eine bessere Gestaltung erhalten hatte, wurde von dem Herrenhause in dem wesentlichen Punkte derart verschlechtert, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses kein Gefallen mehr an ihm fand. Die Regierung sah die Konsequenz daraus und erklärte nach der entscheidenden Abstimmung vom 27. Mai, daß die Vorlage für sie keinen Wert mehr habe. Die Wahlrechtsreform war damit für dieses Mal gescheitert. Aber es ist kein Zweifel, daß nachdem einmal die Dringlichkeit der Reform allgemein anerkannt worden ist, bald eine neue und zwar bessere Vorlage kommen wird. Eine Erhöhung der königlichen Zivilliste um insgesamt 3½ Millionen Mark wurde vom Landtag genehmigt. Das Fiasko der preußischen Polenpolitik tritt mit jedem Tage deutlicher in die Erziehung. Dem Verlangen der hafatistischen Kreise nach Anwendung des Enteignungsgelebtes hat sich die preußische Regierung bis jetzt, und zwar mit guten Gründen, widerstellt. Am 20. August wurde das neue Königliche Schloss in Posen eingeweiht, der Kaiser, der bei der Einweihungsfeier zugegen war, erhob die Stadt zu seiner Residenz. Die Hoffnung der Polen, daß eine gegen die Polen gerichtete Rede ihre Pläne fördern möge, fand keine Erfüllung. Die Reibesiebung des erzbischöflichen Stuhles von Breslau steht noch immer aus. Der immer unerträglicher werdende Kalimat wurde wenigstens einigermaßen abgeholt, indem der Domkapitular Breslau von Gnesen am 24. November zum Weihbischof von Gnesen ernannt wurde.

Das preußische Ministerium erfuhr Veränderungen durch das Ausscheiden des Ministers des Innern von Moltke - wohl nicht ganz ohne Zusammenhang mit dem Scheitern der Wahlrechtsreform - und des Landwirtschaftsministers von Armin am 18. Juni und des Finanzministers Frei-

herrn von Rheinbaben am 28. Juni. Die Nachfolger der erstmals gewählten wurden Freiherr Trott zu Solz und der Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr von Schorlemer. Die Nationalliberalen, die wegen der Berufung dieser beiden Minister dem Reichstagskanzler grimmige Feinde ansetzen, stellten ihr Schwert wieder ein, als auf den Posten des Finanzministers der nationalliberale Oberbürgermeister von Magdeburg Dr. Lenz berufen wurde. Freiherr von Rheinbaben wurde am 4. Juli zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt.

Das Wirtschaftsleben nahm, nicht ohne Verdienst der durch die Reichsfinanzreform bewirkten Regelung der Reichsfinanzen, einen günstigen Aufschwung. Der Sommer brachte eine allgemeine Gleichverteilung, deren Ursachen im einzelnen noch nicht geklärt sind. Der Reichstag bat sich kurz nach seinem Wieder Zusammentreffen in dreitägiger Debatte mit der Frage beschäftigt, obne daß indes irgend ein neues Moment zutage gefördert worden wäre. Die Regierung befand sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages darin, daß an den bestehenden Schutzmaßnahmen für die inländische Handelswirtschaft nichts geändert werden dürfe. Der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhöht keine Wilderung. Zwei Lohnkämpfe von außerordentlichen Umfang, die am 8. April verbangte Bauarbeiterausperrung und die am 1. August erfolgte Ausperrung der Werftarbeiter, wurden schließlich im Wege friedlichen Uebereinkommens am Ende gebracht, jedoch nicht ohne das Nebengewicht der gewerkschaftlichen Organisation zu erweisen.

In der äußeren Politik bewährte sich daß neue Regime mit gutem Erfolg. Staatssekretär von Schoen, der am 28. Juni zum Botschafter in Paris ernannt wurde, erhielt einen Nachfolger in dem Botschaftersetzen von Süderlen-Wächter. Der Abdruck des französischen Aufseßvertrags am 9. November bedeutete einen großen Erfolg des neuen Leiters unserer auswärtigen Politik. Aufsehen erregte die schroffe Abjage, die der Reichskanzler am 3. Februar den Herren vom Aldeutschen Verbande, die ihre Finger gern in die amtliche Politik hineinreichten, zuteil werden ließ. Die Beziehungen zwischen den Dreikönigsmächten wurden im Laufe des vergangenen Jahres womöglich noch inniger. Zahlreiche persönliche Ausprägungen zwischen den leitenden Ministern verbürgten die Einvernahme der Dreikönigsmächte in den großen politischen Fragen. Der österreichisch-ungarische Minister des Außen, Graf Lebenthal, stellte am 22. Februar dem Kaiser und dem Reichskanzler einen Besuch ab. Am 22. März stellte sich Herr von Bethmann-Hollweg dem König von Italien vor, worauf am 1. April in Florenz eine Ansprache mit dem italienischen Minister des Außen, Marquis di San Giuliano folgte. Dieser machte am 27. Mai seinen Gegenbesuch in Berlin. Am 27. Juli trafen sich Herr v. Süderlen-Wächter und Graf Lebenthal in Marienbad. Am 20. September traf Kaiser Wilhelm am kaiserlichen Hofe in Wien zu einem längeren Besuch ein. Die Wiener Bürgerschaft bereitete ihm einen enthusiastischen Empfang. Am 10. Oktober wurde Herr v. Süderlen-Wächter von Kaiser Franz Joseph in längere Audienz empfangen. Die Beziehungen zu Russland nahmen, insbesondere nach dem Fortgang Iswolfs von Petersburg, eine bessere Gestalt an. Am 4. November fand in Potsdam eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus statt, der am 6. November eine Besprechung des neuen russischen Ministers des Auswärtigen, Sazonow, mit dem Reichskanzler folgte. Als das Resultat der Verhandlungen konnte dieser am 10. Dezember mitteilen, daß betreffs Person eine völlige Übereinstimmung zwischen Deutschland und Russland erfolgt ist und daß die Bürgerschaft befiehlt, daß keinerlei gegen Deutschland getriebene Bündnisse die russische Regierung verpflichten. Das Verhältnis des deutschen Reiches zu England erfuhr eine kleine Verbesserung. Wenn von englischer Seite der "deutschen Gefahr" etwas weniger Auflarmtheit gezeigt wurde, so berührte das allerdings nicht so sehr auf einer besseren Einsicht, als vielmehr auf der Tatfrage, daß die Engländer mit inneren Angelegenheiten überzeugt zu tun hatten. Der Tod König Edwards stand im deutschen Volke eine herzliche Teilnahme. An der Spitze zahlreicher Bundesfürsten nahm Kaiser Wilhelm am 20. Mai an der Beisetzung in Windsor teil. Am 4. September kam eine englische Sondergesellschaft unter Führung des bekannten Earl Roberts zur Notifizierung der Thronbesteigung des Königs Georg nach Berlin. Die Verhaftung zweier englischer Marineoffiziere, die am 22. August in Borkum auf Spionage erfaßt wurden, rief eine große Beunruhigung hervor. Die beiden Spione wurden am 22. Dezember vom Reichsgericht zu vier Jahren Festungshaft verurteilt.

Das belgische Königs paar stellte am 30. Mai dem Berliner Hof einen Besuch ab, der Ende Oktober in Brüssel erwidert wurde. Am 10. Februar

stellte der niederländische Minister des Außen in der Kammer ausdrücklich fest, daß die zu hegnerischen Zwecken verbreitete Behauptung, die Königin habe von Kaiser Wilhelm einen Brief über die Vandeschwaben erhalten, unwahr sei. Am 10. Mai kam der Expräsident der Vereinigten Staaten Theodor Roosevelt als Gast des Kaisers nach Berlin. Hier hielt er am 12. Mai einen Vortrag über die Weltkulturbewegung und wurde zum Ehrendoktor ernannt. Am 22. Juli stellte der neu gewählte Präsident von Brasilien, Marshall Hermes da Fonseca, der Reichshauptstadt einen Besuch ab. An der Fahrvorfeier der Unabhängigkeit der Republik Argentinien am 16. Mai und Weißrussland am 8. September war die deutsche Regierung durch Sondergesellschaften vertreten. Dem Beispiel des anderen Mächte folgend, erkannte auch Deutschland am 10. November die neue Republik Portugal an. Der neue Handelsvertrag mit Portugal wurde am 4. Februar nach anfänglichem, sehr heftigem Widerstand vom Reichstag genehmigt. Am 7. Februar wurde mit den Vereinigten Staaten ein Handelsabkommen getroffen, durch welches der deutschen Einfuhr die Minimalsätze des neuen amerikanischen Zolltarifs, der amerikanischen Einfuhr die Sollsätze der Handelsverträge eingeräumt wurden. Am 15. Februar erfolgte der Abschluß eines handelspolitischen Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und Kanada. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag wurde am 27. April für die Dauer eines Jahres verlängert.

## Deutschland.

Berlin, 29. Dezember 1910

**Die Fahnenflucht der liberalen Wähler.** Die "Börsische Zeitung" gibt unter der Überschrift: "Die Fahnenflucht der konservativen Wähler" mit Genehmigung einer Zusammensetzung des Berluster der rechtstreibenden Parteien bei den Erstwahlen im Laufe der jetzigen Legislaturperiode. Danach büßten die Parteien der Rechten in elf Erstwahlen rund 43 000 Stimmen ein, 11 800 vor Rücktritt des Kürten Bülow und 31 449 nach Bülows Austritt aus dem Amt. Diese Zahlen sollen beweisen, daß die konservativen Wähler ihre Parteiaufnahme in wilder Flucht verlassen. Dazu schreibt die "Kölner Volkszeitung": Wir wollen nicht noch einmal nachweisen, daß ein großer Teil der Einbuße, welche die rechtsstrebenden Parteien erlitten, nicht auf eine Flucht konservativer Wähler zurückzuführen, sondern dem Umstand zuzuschreiben ist, daß liberale Wähler, die bei den Blockwahlen für den konserватiven Kandidaten eintraten, bei den Erstwahlen für ihren eigenen Kandidaten stimmten, vielmehr die Liberalen daran erinnern, daß, wenn man nach dem von der "Börs. Zeitung" beliebten Verfahren auch die liberalen Wähler zusammenstellt, sich ein noch größerer Verlust an liberalen Stimmen ergibt. Die Liberalen verloren nach dieser Rechnungsmethode in Bremen 1006, in Frankfurt a. d. O. 2316, in Niedermünde 1006, in Frankfurt a. d. O. 2106, in Berlin 4769, in Stade 983, in Mülheim-Wipperfürth 2753, in Koblenz 5972, in Speyer 1543, in Landau 5752, in Glaudau 744, in Cannstatt 9259, in Friedberg 5567, in Eisenach 300, in Wolfenbüttel 2707 und in Loburg 2077. Das sind zusammen schon 51 188 Stimmen, welche die Liberalen durch "Fahnenflucht" einbüßten. Diese Zahl erhöht sich noch durch die Verluste in einigen anderen Kreisen, in denen die Liberalen nur über geringen Anhang verfügen, auf rund 52 000. Within haben die Liberalen durchaus keine Veranlassung, stolz auf die Verluste der Rechten herabzusehen. Wenn die "Börs. Ztg." also dann darauf hinweist, daß die Rechte nicht weniger als sechs Mandate eingebüßt habe, so führt er auch wieder die Liberalen bedenklich ein. Diese verloren nämlich: 1. Niedermünde, 2. Salle, 3. Frankfurt a. d. O., 4. Berlin, 5. Cannstatt, 6. Friedberg, 7. Loburg, 8. Landau und 9. Bingen. Wenn die Rechte nun gegenüber ihren Verlusten keinen Gewinn verzeichnen kann — von der Eroberung von Müllhausen-Langenalza in der Nachwahl, durch welche die Verluste der Liberalen sogar auf 10 anwachsen, soll hier abgesehen werden —, so haben auch hier die Liberalen keinerlei Veranlassung, den Großen zu spielen. Auch die Rechte gelangten in Niedermünde und Friedberg, welche Kreise vorher liberal vertreten waren, in die Stichwahl, in der die Gewinne hätten erreichen können, wenn sich die Liberalen ihr gegenüber bei Stichwahlen zwischen Rechten und Sozialdemokratie ebenso verhalten hätten wie die Rechte den Liberalen gegenüber, wenn diese mit der Sozialdemokratie zu kämpfen hätten. Wäßrath aber die Rechte bei Stichwahlen, schließen Wesen verband er ein hergewinnendes Wohlwollen gegen alle, die mit ihm in dientlicher Verbindung stehen. Von ungewöhnlicher Saghaftigkeit, großer Erfahrung und begabt mit der Fähigkeit, oft durch einen treffenden Witz über bedeckliche Situationen hinwegzuhelfen und Gegenjäge zu berücken, hat er sich ein bleibendes Verdienst um das parlamentarische Leben und die Geschäftsführung des Deutschen Reiches erworben.

**Fahnenflucht** konservativer Wähler ist es mithin zuzuschreiben, wenn die Liberalen in Zauer siegten, die konservativen aber in den beiden erwähnten Stichwahlen um den Gewinn kamen, sondern der unterschiedlich gearteten Haltung der beiden Parteien gegenüber der Sozialdemokratie.

**Der Stand der preußischen Wahlrechtsfrage.**

Nach dem "Berliner Volkszeitung" wurde in einer der letzten Sitzungen des preußischen Staatsministeriums im Hinblick auf die herannahende Tagung des Abgeordnetenhauses auch über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform gesprochen. Wir haben schon vor Monaten aus beiter Quelle melden können, daß eine neue preußische Wahlrechtsreform in der nächsten Tagung nicht wieder an den Landtag gelangen wird. Die Wichtigkeit dieser Meldung wird uns neuerdings bestätigt. Die preußische Regierung, das ist in diesem Falle in erster Linie der Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg, ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit bis zum Zugang der allgemeinen Neuwahlen zum Reichstag ruhen muß, erst dann wäre es, je nach dem Auffall dieser Wahl, möglich, daß die maßgebenden Parteien in beiden Häusern des Landtages ihre Stellung zu dieser Frage revidieren würden und daß eine neue Wahlrechtsreform ein besseres Schicksal haben würde als die vorjährige. Wollte man sie jetzt schon wieder einbringen, so würde angesichts der herrschenden Parteien, ja befürchten sein, daß sie lediglich einen weiteren Zankapfel abgäbe und das Ergebnis ebenso negativ ausliefe, wie vor einem Jahre. Das aber möchte der Ministerpräsident unter allen Umständen vermeiden, da er nicht auf dem Standpunkt steht, daß das feierliche Versprechen der preußischen Kronrede vom 20. Oktober 1908 durch die Einbringung einer Wahlrechtsreform vorliegt, gleichviel, ob diese im Landtage scheitert oder zustande kommt.

**Wieder einmal die Wolt von Swafomund.** Im Etat Deutsch-Südwettstraf für 1911 wird als erste Rate der Betrag von 1 Million Mark angefordert. Nach langem Verfahren und langen Schwierigkeiten scheint nun endlich eine von vielen Seiten von befürwortete Regelung der leidigen Swafomunder Landwirtschaftsverhältnisse in naher Aussicht zu stehen. Leider sagt der Etat nicht, wofür das Geld im einzelnen verwendet werden soll. Ein Ingenieur Name hat ein sehr intelligenz Project mit einer Brücke und Drahtseilen ausgedacht und ihm wiederholte Vorführungen im Reichscolonialamt gegeben.

**Die Nachrufe über den Grafen Ballerstrew** bewegen sich fast ohne Ausnahme in sehr anfremdenden Worten. Das Regierungsblatt, die "Nord. Allg. Zeitung", schreibt:

Mit ihm hat einer der bedeutendsten unter den Männern, die zur Leitung der Geschäfte des Reichstags berufen waren, sein tätiges Leben beendet. Was Graf Ballerstrew als Präsident geleistet hat, ist von den verschiedensten und politisch einander entgegengesetzten Seiten oftmals in den lobendsten Ausdrücken anerkannt worden. Er vereinigte vor allem eine große Schlagfertigkeit, die von gutem Humor geprägt war, mit Unerschrockenheit und umfassender Geschäftskunde; wiederholt hat er seine ganze Energie einsetzen müssen, z. B. in den Kämpfen um den Zolltarif, um überhaupt eine Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen. Graf Ballerstrew wirkte in solchen schwierigen Situationen seine Autorität trefflich zu wahren, ohne daß durch Schrödigkeit zu verlieren; mit seltener Klarsicht hielt er auch in den verwirrenden Verhandlungsfragen den Faden fest und sein wohlwollender Humor half über manche peinliche Situationen hinweg. So darf die Erinnerung an die achtjährige Amtsperiode des Grafen Ballerstrew als Reichstagspräsident mit Zug eine glänzende genannt werden und das Andenken des爱国erlandsiebenden und klugen Politikers wird in hohen Ehren bleiben."

Die "Kreuzzeitung":

Als Reichstagspräsident erfreute sich Graf Ballerstrew des prächtigen Ansehens und außerordentlicher Liebe von fast allen Parteien; die Gunst von seinem Heimgang wird hier ebenfalls mit herzlicher Teilnahme aufgenommen werden und sein Andenken wird lange fortleben.

Der "Reichsbote":

Die Sicherheit, Unparteilichkeit und Sozialität, mit welcher er die Geschäfte des Reichstagspräsidenten führte, brachten ihm die Hochachtung und Sympathie aller Reichstagsmitglieder ein. Mit vornehmen, schlichtem Wesen verband er ein hergewinnendes Wohlwollen gegen alle, die mit ihm in dientlicher Verbindung standen. Von ungewöhnlicher Saghaftigkeit, großer Erfahrung und begabt mit der Fähigkeit, oft durch einen treffenden Witz über bedeckliche Situationen hinwegzuhelfen und Gegenjäge zu berücken, hat er sich ein bleibendes Verdienst um das parlamentarische Leben und die Geschäftsführung des Deutschen Reiches erworben.

Die "Deutsche Tageszeitung" erklärt: "Die Entscheidemkeit, noch mehr aber in wiederholten Fällen die überlegene Vornehmheit, mit der er die Ausdrückungen der Opposition zurückwies, zeigten ihm auf der vollen Höhe einer ungewöhnlichen Fähigkeit zur Leitung der parlamentarischen Geschäfte, und wer den trocken weißen Haare jugendfrischen Präsidenten in der langen Parlamentsnacht des 14. Dezember, in welcher der Zolltarif unter Tag gebracht wurde, nach all den vorangegangenen Mäßen in ungebrochener Rüdigkeit



ihren bedauernswerten Lesern den Aufschlag erregen wollte, als werde Prinz Max oder sein Auftrag von katholischer Seite ohne weiteres als feierlich bezeichnet. An dieser gebührenden Unwahrhaftigkeit haben Anteil s. B. die „Bad. Postzg.“, die in Nr. 585 einen Leiterartikel schreibt mit der Überschrift „der feierliche Artikel des Prinzen Max von Sachsen“, die „Freisig. Blg.“, die teilweise von einem abgefallenen katholischen Geistlichen redigiert wird. Dieses Blatt schreibt gleich noch recht geschickt in Nr. 299 eine Überschrift „Gegen den prähilichen Feier“ und in Nr. 295 eine andere „Der Feierprinz“. Auch der Mannheimer „Generalanzeiger“ Nr. 600 schreibt vom „Feierartikel des Prinzen Max“. Und so noch viele liberale Blätter, von sozialdemokratischen gar nicht zu nennen.

Dies ist zwar nur ein kleiner Zug an dem Gesamtbild der liberalen Tagespresse, aber es beweist die bis ins kleinste gehende antikatholische Geschäftigkeit der liberalen Parteiwerke. Ingleis aber verrät diese Art und Weise eines Mangels an elementarem Anstand gegenüber einem Mitglied eines deutschen Fürstenhauses und einer Herzogin, deren sich die Leiter dieser Blätter selbst bewusst werden müssten, wenn sie gewußt wären, über sich selbst nachzudenken und sich innerlich über das Rechtmäßtum zu geben, was sie täglich schreiben. Der politische Kampf in den Presse wird von tiefem, auch von unsrer Seite nicht mit Glacéhandbüchern geführt. Die liberale Presse hat jedoch das Vorrecht, selbst auf das religiöse Gebiet den rauen, ja oft rohen Ton des politischen Kampfes zu übertragen. Sie beweist damit wie unklug ihr eigentliches religiöses Empfinden ist.

#### Eine begrüßenswerte Anregung.

Unter dieser Überschrift entnahmen wir der „Karl. Blg.“ einen Artikel, der die Anregung enthielt, am 10. Mai des kommenden Jahres einen „Kornblumentag“ abzuhalten zugunsten der besuchten Kriegsteilnehmer. Wir werden nun darauf aufmerksam gemacht, daß die Anregung aus dem Kölner Zentrumsblatt uns zwar aus der „Köln. Postzg.“ Nr. 1069 vom 20. Dezember kommt. Der Gedanke ist jedenfalls gut und wir unterstützen ihn nachdrücklich.

#### Eine ausgebildete Antwort.

Die „Bad. Nationalliberale Korrespondenz“ schrieb vor einiger Zeit bezüglich der von den katholischen Konkurrenzangereigneten Politik der Sammlung aller bürgerlichen Parteien wider den Radikalismus, daß leibige auf den Konservativen Wider juriertzuführen sei, doch aber „des besseren Eindrucks wegen die konservative Partei zur Anwendung von Beziehungen nach links vorgezogen wurde. Gegen diese Verhinderung seitens der „Badischen Nationalliberalen Korrespondenz“, die am 10. Dezember in der „Badischen Landeszeitung“ zu lesen war, wandten sich am 15. und 16. Dezember „Deutsche Reichspost“ und „Badische Post“. Beide Blätter forderten, daß der Wahlbeurteilung für die bezüglichen Behauptungen angetreten werde und daß die nationalliberale Partei das tun würde, daß die „Bad. Landeszeitg.“ jene schweren Bekämpfungen gegen die konservative Parteileitung zurücknehmen und dafür Sorge tragen werde, daß in Zukunft solche unwahren Behauptungen vermieden würden!

Was antworteten nun die Gefragten, Korrespondenz und „Landeszeitung“? Nichts! Sie schwiegen sich vollständig aus, obwohl die falsche Behauptung in einem Artikel aufgeschlagen war, der mehrere Ehrlichkeit von den „vertriebenen Gegnern“ auf der rechten Seite verlangte. Nun schreiben die „Badische Post“ und die „Deutsche Reichspost“:

„Wir sehen uns daher genötigt, der Leitung der nationalliberalen Partei vor aller Welt folgendes zu sagen: die „Badische Nationalliberale Korrespondenz“ ist das offizielle Organ der nationalliberalen Partei. Selbst für die Ausflüsse und Wendungen eines Leiterartikels in der Partei dienenden Presse kann man die Parteileitung nicht ohne weiteres verantwortlich machen, das, was in der parteiamtlichen Korrespondenz zum Abschluß gelangt, trägt aber unter allen Umständen parteiamtlichen Charakter und kann die Partei die Verantwortung dafür nicht abweisen!“

Schreibt die Parteileitung der Nationalliberalen gegen die von ihrer „Badischen Nationalliberalen Korrespondenz“ beliebten Kampfmethode nicht ein, so muß man mit vollem Rechte annehmen, daß sie solche Kampfweise wünscht und willkommen heißt! Das wäre aber voll politische Unsauberkeit und politische Brunnengiftung parteiamtlich zum Prinzip erhoben.

Bemerkt wollen wir noch, daß zu unserer ehrlichen Freude die von der „Badischen Nationalliberalen Korrespondenz“ in die Welt gejetzten kraschen Unwahrheiten in der auf eine gewisse Korrektheit im politischen Kampfe Wert legenden liberalen Presse neuerdings nicht mehr nachgeführte. Zeitschrift durch besondere Artikel beleuchtet werden. Diese Ausführungen folgen aufsätze über die orthodoxe Kirche und die Orthodoxie (und zwar zunächst über den apostolischen Primat), über das Propagandarad und über Religiöse griechisch-islamische Fragen bei den Renaissance-Schriftsteller. Der Zustand des siebzehnjährigen Prinzen ist gestern nachmittag noch Hoffnung auf Wiederherstellung aufgekommen. In der Nacht trat jedoch eine Verschämung ein, und um Mitternacht empfing er die Sterbeframmenta. Papst Pius, der den Prinzen höchstlieblich ließ ihm den apostolischen Segen erteilen. Heute morgen trat der Todestag ein. Pastor Prälat Lohninger vertrat am Krankenlager die Siergebeite.

#### Hochschulnachrichten.

Berlin, 28. Dez. Die Konstituierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, deren Gründung bei der Berliner Universitätsseite an oberhöchster Stelle in Aussicht genommen wurde, wird sicherem Vernehmen nach in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Sie soll mit einem Vortrag des Wirk. Geheimenrats Professor Dr. Emil Fischer in der Wohnung des Kultusministers verbunden werden, welchem auch der Kaiser beizwöhnen gesetzt. Von den letzten Monaten ist dem Kultusministerium noch eine Reihe weiterer Vereiterklärungen zur Beteiligung an dem Unternehmen aus den verschiedensten Teilen der Monarchie und aus den verschiedenen Verwaltungskreisen zugegangen.

#### Toten-Zettel.

Berlin, 28. Dez. Die Abendblätter melden den Tod des Prof. Löwenfelds, des Begründers und Directors des Berliner Schillertheaters.

drückt zu werden scheinen. Wir wollen nicht unterlassen, auf diese Tatsache, welche einer Verurteilung der von uns mit Recht scharf gerügten Praxis der unwahren Verdächtigung des politischen Gegners gleichkommt, ergänzend hinzuweisen.“

Zur Charakteristik der nationalliberalen Publizistik sehr wertvoll!

#### Die klosterfeindliche Dame der „Badischen Landeszeitung“

hat der „Bad. Postzg.“ auf den von der „Pfälzer Blg.“ und vielen Zentrumsblättern veröffentlichten Brief über die amerikanischen Klosterfeindlichen geantwortet.

Die Dame erklärt vor allem, daß alles, was in dem „angeblichen“ erzbischöflichen Schreiben von ihrer Person behauptet worden ist, völlig unrichtig ist und daher mindestens auf einem schweren Irrtum beruhen muß.

Im Brief der Dame heißt es dann weiter:

„Ich habe mich deshalb an den Herrn Erzbischof Mecklenburg gewandt, da ich nicht glaube, daß der Brief von einem so gelehrten und vernünftig denkenden Herrn geschrieben wurde. ... Es ist ein herzloses und unvorbereitetes Schreiben und ebenfalls „ubersäht“.“

Die Dame teilt der Redaktion dann weiter mit, daß sie, sobald die Antwort des Erzbischofs eingelaufen sei, weiter darüber Mitteilung machen werde. Im übrigen hält sie freiere Ausflüsse in allem aufrecht.

Das will gar nichts heißen. Wir schreiben gleich zu Anfang, als man noch gar nicht wußte, um welche Bekämpfung es sich handelte: eine Dame, die aus dem Kloster auszutreten sei und in einer gehäuft lichenfeindlichen Blätter anonyme Beschuldigungen dräger Art geäußert, die Leiter dieser Dame, die auf keinen Fall für sie spricht. Und ihr Brief an die „Bad. Postzg.“ scheint nach den hier angeführten Ausdrücken sehr lieblich zu sein.

▲ Mannheim, 27. Dez. Wir berichten vor einigen Tagen, daß man hier hörte, die Nationalliberalen wollten den Herrn Direktor Müller vom „General-Anzeiger“ als Kandidaten für die Reichstagswahl ausspielen. Der „General-Anzeiger“ erklärt dazu, soweit der Name in Betracht kommt, entbehre diese Nachricht jeder Begrundung.

#### Arbeiterzeitung.

▲ Pfalzheim, 28. Dez. In den letzten Tagen gingen bei den Arbeitgebern die Antworten auf die durch die Postleute an jeden Arbeiter gerichtete Anfrage ein, ob er zur Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar bereit sei oder nicht. Als Ergebnis läßt sich feststellen, daß die Unorganisierten sämtlich mit Ja geantwortet haben, was zu erwarten war, da sie mit wenig Ausnahmen unfreiwillig feiern. Aber auch von den Organisierten hat laut „Pfzg. Anz.“ ein ansehnlicher Bruchteil sich zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärt und ist der Aufruf der Metallarbeiterverbände, die Postarten an das Streikureau abzuliefern, nicht nachgeholfen. Ein Angehöriger des heutigen Blattes gibt der Arbeitgeberverbands bekannt, daß noch bis zum 30. Dezember Anmeldungen entgegen, genommen werden, darüber hinaus die Wiedereinführung aber nicht zugesichert werden kann.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands hat gestern zu dem Schreiber des deutschen Metallarbeiterverbands Stellung genommen, in welcher die Zurückziehung der Forderungen der Metallarbeiter in Aussicht genommen und um Verhandlungen erucht wurde. Der Bevölkerungsanteil der Arbeitgeberverbands war nicht zu erfahren, da von den Teilnehmern vereinbart wurde, die Sitzung als vertraulich zu betrachten und Mitteilungen darüber nicht zu machen.

#### Aus den Nachbarländern.

▲ Worms, 28. Dez. Der Schneesturm, der heute Nacht wütete, bat auch ein Menschenleben gefordert. Ein von Dienst stehender Posthalter wollte einen über die Straße liegenden, von der elektrischen Straßenbahnlinie abgerissenen Draht entfernen und wurde dabei von einem Berth an der Stelle getötet.

rb. Aus der Rheinspalz, 29. Dez. Die Pfa's hat durch den Schneefall und Sturm am Dienstag Nacht schweren Schaden erlitten. Während in der Welpins nur ein näherer Schaden wahrgenommen war, hat die Boderpals die volle Wucht des Unwetters zu spüren bekommen. Anhänger der Boderpals in der Gegend zwischen Germersheim und Landau hielten sich schwer. Lange blieb die Bahnlinie bis zur Telegrafenleitung vollständig zerstört.

Die Bahnleitung wurde vollständig vom Schnee verdeckt, so daß am Dienstagabend der Zug Stuttgart-Saarbrücken bei Weinheim liegen blieb und erst am anderen Morgen 5 Uhr weiter gelassen werden konnte. Infolge dieser Störung war der Betrieb auf der ganzen Linie abgebrochen. Fahrgäste von Pirna aus fuhren am Mittwoch morgens in Biederitz wieder um und ließen sich das Fahrgeld herausbezahlen, weil ihre Weiterbeförderung ungewiß war. Lange der Bahnreise ließ weiterer Schnee bedeckt und vielfach abgebrochen. Telegrafenleitungen liegen alle überwunden und teilweise sind auch Händlerpäls abgedeckt. Das Bahnpersonal der Bahn und Post ist allenfalls an der Arbeit, auch Bioneerre und Post sind unterwegs. Wie in der Boderpals, so sind auch in der Nordspalz Schädigungen und Störungen durch das Unwetter zu verzeichnen. Der Telephon- und Telegraphenverkehr war am Mittwoch vormittag überall fast völlig unterbrochen, bis die Überlebenslinien benutzt werden. Auf einzelnen Straßen konnte bis jetzt noch nicht alter Standort reportiert werden.

#### Volksszählung.

○ Stuttgart, 28. Dez. Das Königreich Württemberg hatte am 1. Dezember 1910 laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes über 2435 600 Einwohner. An dieser Ziffer dürfte durch die endgültige Feststellung nichts erhebliches geändert werden.

#### Lokales.

Karlsruhe, 29. Dezember 1910.

Aus dem Hofbericht. Der Großherzog empfing gestern vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seib zur Vortragsvorlesung. Hierauf meldeten sich mehrere Offiziere.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Geheimen Dr. von Nicolai.

○ Arbeitslosigkeit. Durch den Schneefall sind viele Betriebe gezwungen, die Arbeit einzustellen, sodass die Zahl der Arbeitslosen sicherlich eine recht große Zunahme zu werden scheinen. Wir wollen nicht unterlassen, auf diese Tatsache, welche einer Verurteilung der von uns mit Recht scharf gerügten Praxis der unwahren Verdächtigung des politischen Gegners gleichkommt, ergänzend hinzuweisen.“

durch. Viele Familienväter mit oft großer Kinderzahl sind existenz- und mittellos und können trotz eifrigem Nachfragen keine Arbeit bekommen. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Mitmenschen, der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zu geben und wenn möglich zur Linderung der Not etwas beizutragen. Die nächstliegende und wirtschaftlich richtige Unterstützung besteht darin, den Arbeitslosen eine anderweitige Arbeitsgelegenheit anzubieten. Sollten gewerbliche Arbeiten nicht überfragen werden können, so sind vielleicht solche für den Privathaushalt zu besorgen. Das steht dem Arbeitamt vermittelten in seiner Abteilung für Arbeitsnachweis Arbeiter und Arbeitnehmer, nachdem der Rat auch für vorübergehende Beschäftigung, wie z. B. Schneeflöten, Kohlentragen, Holzfällen und Spalten, Teppichknöpfen, Botendienst, Postdienste, Waschen und Rufen usw.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschiedentlich Schaden angerichtet.

○ Aus dem Polizeibericht. Am 27. d. M. kam aus dem Wartezimmer eines Arztes ein schwerverdienter Damenschirm mit Silbergriff im Wert von 35 M. abhanden. — Aus der Residenz Bähringerstraße 100 wurde am 27. d. M. ein kleiner, ein Hut und ein Schirm im Wert von 65 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer Kaiserstraße 43 stahl ein unbekannter eine silberne Uhr mit goldenem Ketten im Wert von 80 M.

○ Der Schneesturm der vorletzten Nacht hat auch hier an den Telefonleitungen verschied

